



Projektland: Maghreb

Quartal/Jahr: Januar bis März 2010

Schlagzeilen Tunesien:

- Politische Gefangene in Tunesien
- Tunesien wird eine Behörde für Wasserwirtschaft schaffen
- Weiterer Kooperationsvertrag der EU mit Tunesien
- Frau Alifa Chaabane Farouk wird Tunesiens Botschafterin in Deutschland

Schlagzeilen Algerien

- Angespannte Beziehung zwischen Frankreich und Algerien
- Polizeichef Ali Tounsi wurde bei Attentat getötet

Schlagzeilen Marokko

- Beratungskommission für Regionalisierung (CCR) ins Leben gerufen
- Erstes Sonder-Gipfeltreffen zwischen Marokko und der EU
- Marokkanische Behörden weisen 16 christliche Mitarbeiter eines Waisenhauses aus
- Marokkanische Wirtschaft legt weiter zu

Tunesien

In Anbetracht der ruhigen Lage in Tunesien steigt die Anzahl der Kommentare, dass die tunesische Regierung die von tunesischen Islamistengruppen ausgehende Gefahr überbewertet. Die Anti-Terrorgesetze waren nach dem Terroranschlag 2002 auf der Ferieninsel Djerba im In- und Ausland auf Verständnis gestoßen, werden aber nunmehr zunehmend kritisiert.

Die meisten politischen Gefangenen sind entweder Personen, die der Mitgliedschaft in der verbotenen islamischen Oppositionspartei 'Annahda' für schuldig befunden wurden oder begingen Straftaten, die unter die Anti-Terrorgesetze fallen. Die Opposition behauptet, die vermeintliche Bedrohung des Landes diene vor allem dazu, Oppositionsparteien zu behindern. Während des Präsidentschaftswahlkampfes im vergangenen Jahr habe die Regierung den Wählern klarmachen wollen, dass der Verzicht auf manche Freiheiten die Sicherheit im Land sicherstellen könne. Die Regierung verwies dabei auf den Nachbarstaat Algerien, wo die Islamisten in den neunziger Jahren einen grausamen Bürgerkrieg führten.

Um die Herausforderungen der Zukunft besser meistern zu können, wünscht sich Tunesien eine bessere Bewirtschaftung seiner Ressourcen und eine Landwirtschaft, die an die Klimaveränderung angepasst ist. Die Wasserwirtschaft soll im Zentrum einer globalen Strategie stehen, die der Ausweitung der Landwirtschaft durch Bewässerung gewidmet ist. Um die Wasserressourcen besser zu bewirtschaften und Verschwendung zu vermeiden, wurde eine neue Behörde für Wasserwirtschaft geschaffen, die eine Bestandsaufnahme des bewässerten Landes erstellen soll.

Der EU-Kommissar für Erweiterung und Nachbarschaftsfragen Stefan Füle unterzeichnete in Tunesien, trotz der Kritik an dem autoritären Herrschaftsstil des Präsidenten u.a. im EU-Parlament, ein weiteres Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit der EU mit Tunesien.

Alifa Chaabane Farouk ist als neue Botschafterin der Tunesischen Regierung für Deutschland ernannt worden. Sie studierte u.a. Politische Wissenschaften und Internationales Öffentliches Recht an der Ludwig-Maximilian-Universität in München. Sie war Generalsekretärin der Staatspartei RCD für die Frauenrechte in Tunesien und seit 1998 war sie Ombudsfrau Tunesiens.

Algerien

Nachdem im französischen Parlament eine Resolution angenommen worden war, nach welcher die Kolonialzeit eher positiv für die Entwicklung in Algerien gewesen sei, verlangt die algerische Regierung nun ihrerseits, dass Frankreich seine früheren Kolonialverbrechen anerkennt. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern sind derzeit so angespannt wie noch nie. Die Gründe liegen nicht nur in der Kolonialgeschichte Frankreichs, sondern auch in der Migrations- und in der Wirtschaftspolitik. Jüngster Anlass für Verstimmungen zwischen den beiden Ländern waren die Äußerungen des französischen Innenministers Brice Hortefeux, nachdem am Weihnachtstag das Attentat eines Nigerianers auf einen Linienflug Amsterdam-Detroit vereitelt worden war. Damals überraschte Hortefeux mit der Neuigkeit, schon seit April vergangenen Jahres würden die Angehörigen von sieben »Risikostaaten« auf französischen Flughäfen systematisch verstärkten Kontrollen unterzogen. Das einzige Kriterium dabei sei demnach die Staatsangehörigkeit. Zu den betroffenen Ländern zählen Algerien und sein Nachbarland Mali.

Auch die ökonomischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind angespannt. Frankreich ist nach wie vor der erste Lieferant bei Algeriens Importen, wenngleich es seine Rolle als größter Kunde für algerische Exporte bereits 1990 an Italien verlor. Auch die stabilere politische Lage in Marokko und Tunesien, die, anders als Algerien, nach der Unabhängigkeit keine staatssozialistische Phase erlebten, und die Überheblichkeit der Franzosen gerade gegenüber ihrer

ehemaligen Kolonie Algerien trugen dazu bei. Ähnlich wie in anderen afrikanischen Ländern sind auch in Algerien chinesische Unternehmen immer stärker präsent. Im Vorjahr war China bereits der zweitgrößte Lieferant Algeriens mit einem Marktanteil von zwölf Prozent.

Ali Tounsi, seit 16 Jahren Polizeichef und Leiter des Anti-Terror-Einsatzes in dem nordafrikanischen Land, ist von einem Kollegen während einer Besprechung erschossen worden. Den Sicherheitskreisen zufolge erschoss sich der Attentäter, ein Polizei-Oberst, nach dem Attentat. Das Attentat wurde inmitten einer angespannten Sicherheitslage verübt. Der 76-jährige Tounsi war seit den 90er Jahren führend an der Bekämpfung islamischer Extremisten beteiligt. Die Nachrichtenagentur AP erfuhr aus Sicherheitskreisen, der Attentäter habe seinen Chef erschossen, weil er unter Korruptionsverdacht gestanden sei und erfahren habe, dass er entlassen werden solle.

Marokko

Die Innen- und Außenpolitik Marokkos ist auch zu Beginn des ersten Quartals 2010 nachhaltig durch den Sahara-Konflikt geprägt. So rief König Mohamed VI am 3. Januar die bereits im Sommer angekündigte Beratungskommission für Regionalisierung unter Vorsitz von Omar Azziman, Marokkos ehemaligem Botschafter in Spanien, ins Leben (CCR). Ziel dieser Kommission bleibt eine möglichst schnelle Umsetzung einer Regionalisierung, die den Regionen des Landes bedeutend mehr Unabhängigkeit und Selbstbestimmung auf administrativer wie auch wirtschaftlicher Ebene einräumen sollen. Insbesondere im Hinblick auf eine Autonomie der West-Sahara, die einen Interessensausgleich zwischen den territorialen Ansprüchen Marokkos und den autochthonen Einwohnern der Region herbeiführen soll, ist diese nationale Programmatik von innen- wie auch außenpolitischer Bedeutung nicht zu unterschätzen. Der enge zeitliche Rahmen zeigt die Ernsthaftigkeit, mit der Marokko diesem dringlichen Problem begegnet. Bereits Ende des Jahres muss die Kommission konkrete Ergebnisse des Regionalisierungsprozesses vorlegen.

Innenpolitisch sorgte zu Beginn des Jahres die Umbesetzung an der Spitze von fünf Ministerien für Schlagzeilen. Neu besetzt wurden die Ämter des Innen-, Justiz sowie des Tourismusministeriums. Hinzu tritt eine Neubesetzung des Ministeriums für parlamentarische Beziehungen sowie des Sonderbeauftragten des Premierministers. Darüber hinaus wurden auch die Walis oder Regionalpräfekten der 16 Regionen Marokkos neu nominiert. Der bisherige Generaldirektor der Gemeinden Boutayeb wurde dabei zum Generalsekretär des Innenministeriums ernannt.

Hinsichtlich der 2012 stattfindenden Parlamentswahlen gibt es weiterhin lebhaftere Bewegung unter den politischen Parteien, die sich für eventuelle Koalitionen und Kooperationen neu formieren, um in erster Linie ein Gegengewicht zu der neuen und außerordentlich erfolgreichen Partei „Authentizität und Modernität“ zu bilden.

Außenpolitisch stand fraglos das erste Gipfeltreffen zwischen Marokko und Vertretern aller 27 Mitgliedsstaaten der EU im Mittelpunkt. Es war das erste Gipfeltreffen dieser Art, das die EU mit einem Drittland nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon am 09. Dezember 2009 veranstaltete. Außerdem handelte es sich dabei um das erste gesonderte Treffen aller EU-Mitgliedsstaaten mit nur einem arabischen Land. Ein Jahr nachdem Marokko von der EU den „Fortgeschrittenen Status“ hinsichtlich einer politischen und wirtschaftlichen Annäherung zuerkannt bekam (Oktober 2008), ging es auf dem Gipfel vor allem um eine weitere Konsolidierung der Zusammenarbeit auf politischer, wirtschaftlicher sowie sozialer und humanitärer Ebene. Grundlage dieser Zusammenarbeit bilden die EU-Prinzipien einer stabilen Partnerschaft.

Diskutiert wurde auch der West-Sahara-Konflikt, wobei sich beide Seiten auf eine gemeinsame Erklärung einigten, die im Einklang mit der vom UN-Sicherheitsrat formulierten Forderung steht, sich für eine politisch nachhaltige und für beide Seiten akzeptable Lösung auf der Grundlage von Verhandlungsbemühungen sowie der Resolution 1871 von 2009 einzusetzen. Auf politischer Ebene wurde eine weitere Intensivierung der institutionellen Zusammenarbeit vereinbart, insbesondere auf parlamentarischer Ebene. So wurde eine parlamentarische Kommission aus euro-

päischen und marokkanischen Abgeordneten ins Leben gerufen, die fortan die parlamentarischen Beziehungen zwischen Rabat und Brüssel weiter intensivieren sollen.

Die Delegation der EU-Mitgliedsstaaten betonte, dass sie Marokko in seinem Bemühen um Dezentralisierung und Regionalisierung durch dessen Regionalausschüsse noch aktiver als bisher unterstützen werde. Auf wirtschaftlicher Ebene wurde eine weitere Integration des marokkanischen Wirtschaftsraumes an die Normen des europäischen Wirtschaftsraumes vereinbart. Hervorgehoben wurden insbesondere Marokkos Bemühungen um eine Verbesserung der Frauen- und Menschenrechte, wie sie auch in den jüngsten Berichten der Menschenrechtskommission der EU sowie der Vereinigten Staaten (März 2010) ihren Niederschlag finden. (s. unten). Dennoch forderte die EU Marokko zu weiteren Nachbesserungen in diesem Bereich auf. Auch hinsichtlich der Presse- und Meinungsfreiheit müsse Marokko weiter reformorientiert handeln.

Für internationale Kritik sorgte indessen die Ausweisung von 16 Mitarbeitern einer christlichen Sekte, die in Ain Leuh in einem Waisenhaus tätig waren. Das von amerikanischen, holländischen und südafrikanischen Geldern finanzierte Waisenhaus betreut seit über 10 Jahren elternlose Kinder, die eine bi-konfessionelle und bi-kulturelle Erziehung genießen. Während die marokkanischen Behörden den Mitarbeitern Missionierung und Verführung zum Abfall des muslimischen Glaubens vorwerfen, berufen sich die Mitarbeiter auf eine Vereinbarung zwischen dem Waisenhaus und dem marokkanischen Staat, die bereits vor 10 Jahren getroffen wurde.

Marokkos Wirtschaft verzeichnet trotz der anhaltenden internationalen Krise ein Zuwachs von 5,3%. Damit liegt das Wirtschaftswachstum des Landes um 2,3% über dem für Nordafrika durchschnittlich ermittelten Wachstumswert von 3,5%. Im nordafrikanischen Vergleich rangiert Marokko damit auf Platz eins, noch vor Ägypten, das einen Zuwachs von 4,7% verbuchen konnte.

Weiterhin sehr engagiert zeigt sich das Land im Bereich der Solarenergieprojekte in der marokkanischen Sahara. Die marokkanische Agentur für Solarenergie (Masen) kündigte weitere Investitionen in Höhe von 625 Millionen Euro an.

Vom 24. bis 28. Februar 2010 fand in Marrakesch eine Regionalkonferenz der Auslandsmitarbeiter der Maghrebstaaten statt. Im Mittelpunkt dabei standen aktuelle Themen und Fragestellungen der Region, sowie die Festlegung einer Strategie für die nächste Periode 2011 – 2013.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ
 Autor: Dr. Jürgen Theres, Regionalbeauftragter Maghreb
 Redaktion: Dr. Jochen Lobah Susanne Blomenhofer
 Lazarettstr. 33 – 80636 München –
 Tel.: +49 (0)89 1258-0 – Fax.:+49 (0)89 1258-359
 E-Mail: grundsatzreferat@hss.de – Homepage: www.hss.de
 Erstellt am: 05.04.2010